

Wirtschaftsdemokratie als politisches Programm

Fabian Molina, Barbara Gysi

»Wir wollen die Sozialdemokratie und diese ist nichts anderes als die soziale Demokratie, welche als das Engere, als spezielle Unterabteilung auch die politische Demokratie in sich schliesst und zum wesentlichen Bestandtheile hat. Die soziale Demokratie ist die vollständige Volksherrschaft. Diese kann nur erreicht werden durch die Herrschaft des Volkes auch über die Produktionsmittel seines Landes«, schrieb Albert Steck, Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, vor über 120 Jahren (Steck 1890). Bis heute ist diese Forderung Teil der Programmatik der SP und wurde zuletzt im Parteiprogramm von 2010 bestätigt (vgl. SPS, 2010). Zahlreiche Forderungen der Gründerzeit konnten seither erkämpft werden – ohne dass sie im kollektiven Gedächtnis als wirtschaftsdemokratische Errungenschaften geblieben wären. Die Mehrheit alter und neuerer wirtschaftsdemokratischer Konzepte wartet aber immer noch auf ihre Erfüllung. Wir argumentieren in diesem Text, dass der Kampf für die wirtschaftliche Demokratie ein enormes emanzipatorisches Potenzial und eine Klammerfunktion für linke Kämpfe haben kann, und dass sich der Einsatz für mehr Wirtschaftsdemokratie positiv auf die Lebensrealitäten der Menschen auswirkt – und dass bereits der Kampf dafür politisches Bewusstsein und Dynamiken in Richtung von mehr Freiheit auslöst. Denn der Kampf um Wirtschaftsdemokratie ist immer auch der Kampf gegen das Abhängen breiter Bevölkerungsgruppen und für gesellschaftliche Verantwortung, Teilhabe und ökonomische Alternativen.

Politische Schlagkraft dank Wirtschaftsdemokratie

Um dies zu diskutieren, lohnt sich ein kurzer Blick in die europäische Geschichte: Mit Gründung der sozialdemokratischen Parteien in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden Forderungen nach Wirtschaftsdemokratie, also nach (Mit-)Bestimmung über und Teilhabe an der wirtschaftlichen Produktion, zum ersten Mal zum politischen Programm einer bedeutsamen Bewegung. Wirtschaftsdemokratie wurde dabei stets breit verstanden, als »Bezeichnung für die Durchsetzung demokratischer Entscheidungsstrukturen und sozialistischer Wirtschaftsformen innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse (u. a. mittels Ausbau der schon in Staatshand befindlichen Wirtschaftsbereiche, Übernahme bestimmter Betriebe und Branchen, die direkt von öffentlichem Interesse sind, in

Staatshand, Etablierung überbetrieblicher Wirtschaftsplanung, weitgehende Mitbestimmung)« (Strubelt 1994, 747). Von Skandinavien bis nach Italien, von der iberischen Halbinsel bis nach Russland wurde die Forderung gestellt, theoretisiert und für sie mobilisiert. Im Fokus der europäischen Sozialdemokratie standen zu Beginn zwar notgedrungen andere Forderungen – Löhne, Arbeitszeit, Bürgerrechte und die Abwehr von Repression. Bis zur Spaltung der Linken als Reaktion im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg und der russischen Revolution standen wirtschaftsdemokratische Konzepte aber in der Programmatik aller sozialdemokratischen Parteien in Europa (vgl. Naphtali, 1984). Im weiteren Verlauf des 20. Jahrhunderts erlitt die noch junge Idee der Wirtschaftsdemokratie aber herbe Niederlagen. In Osteuropa wurde das Versprechen nach Verstaatlichung der Produktionsmittel nach der russischen Revolution zwar weitgehend eingelöst. Aus der demokratischen Mitbestimmung der Betroffenen, der Mitarbeitenden, des Volkes, wurde allerdings nichts.

In Westeuropa erging es der Wirtschaftsdemokratie zunächst besser. In der Zwischenkriegszeit entstand eine neue Dynamik, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg noch verstärkte: In den 1930er Jahren formulierten die sozialdemokratischen Parteien in Belgien, den Niederlanden und der Schweiz einen ›Plan der Arbeit‹, der wirtschaftsdemokratische mit keynesianischen Politiken kombinierte (vgl. Zimmermann 2005, 144ff.). In Spanien kämpfte der Partido Socialista Obrero Español (PSOE) zur Zeit der zweiten Republik als stärkste Kraft für eine Landreform mit kollektiver Bodenbewirtschaftung (vgl. Pecharrromán 1997, 50). Und die schwedische SAP setzte in den Nachkriegsjahren zusammen mit starken Gewerkschaften einen ausgebauten öffentlichen Dienst und Betriebsräte durch. Mit dem sogenannten Rehn-Meidner-Modell von 1951 formulierte sie zudem ein moderates Modell zur gesamtwirtschaftlichen Gewinnbeteiligung und Einflussnahme der Lohnabhängigen, dessen radikalere Modifikation von 1971 allerdings nie umgesetzt wurde (vgl. Meidner, 1993). Und die Arbeiter*innen-Bewegung wuchs. 1943 errang die SP Schweiz und ihr wirtschaftsdemokratisches Programm ›Neue Schweiz‹ bei den Parlamentswahlen mit 28,6 Prozent Wähler*innenanteil das beste Ergebnis ihrer Geschichte. Sie forderte die Vergesellschaftung des Finanzsektors und monopolistischer Wirtschaftszweige sowie die genossenschaftliche Organisation der restlichen Wirtschaft. In der Folge setzte sie zahlreiche öffentliche Leistungen durch, wie eine Verbesserung der Renten, eine aktive Bodenpolitik, den Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur oder eine Stärkung der Kultur- und Bildungspolitik.

Diese Errungenschaften wären ohne die utopischen – aber nie realisierten – programmatischen Forderungen wohl nie umgesetzt worden. Denn für Realpolitik lässt sich nie in ähnlichem Ausmass mobilisieren, und ohne

visionäre Deklarationen ist eine Zukunft, die sich vom Status quo unterscheidet, nur schwer vorstellbar. Die SP hatte diese Vorstellungskraft. In ihrem Programm von 1959 hiess es: »Wahre Demokratie beruht auf der Gleichberechtigung aller Menschen und der Sicherung ihres Mitspracherechtes in Staat und Wirtschaft. Wahre Demokratie rückt den Menschen in den Mittelpunkt alles gesellschaftlichen Geschehens« (SPS 1959; vgl. Spieler, 2015). Die Idee der Wirtschaftsdemokratie erfuhr bis weit ins bürgerliche Lager Zustimmung. Der Sozialethiker Oswald von Nell-Breuning formulierte in den 1970er Jahren seine Idee einer Unternehmensverfassung, die als so wenig verrückt galt, dass sie selbst von Exponenten des damaligen Christlichnationalen Gewerkschaftsbundes übernommen oder jedenfalls zu ihrem Fernziel erklärt wurde (vgl. ebd.).

Die Wende kam in den späten 70er Jahren. In der Schweiz ging 1976 die gewerkschaftliche Mitbestimmungsinitiative deutlich verloren. In der Nationalratsdebatte dazu hatte der damalige SP-Präsident Helmut Hubacher noch argumentiert, dass die »schweizerischen Gewerkschaften grundsätzlich mindestens so viel Mitbestimmungsrecht« haben sollten wie die »arabischen Ölscheichs bei der Gestaltung der Energiepolitik« oder die vielen »ausländischen Wirtschaftsführer« in »multinationalen Konzernen« (vgl. ebd.). Eine nicht abwegige Position zu jener Zeit. Die Niederlage kombiniert mit dem weltweiten Erstarken des Neoliberalismus rückte danach aber Abwehrkämpfe in den Vordergrund, es galt das bisher Erreichte zu verteidigen. Und mit dem ›Dritten Weg‹ nach der Art von Blair und Schröder verabschiedeten sich zahlreiche sozialdemokratische Parteien dauerhaft von wirtschaftsdemokratischen Konzepten.

Die Geschichte der Sozialdemokratie ist aufs Engste mit dem Kampf für Wirtschaftsdemokratie verknüpft – dies darf in der aktuellen, vor allem medial geführten Debatte um den angeblichen ›Niedergang der Linken‹ nicht vergessen werden. Selbstverständlich kann Erfolg oder Misserfolg der europäischen Sozialdemokratie nicht monokausal mit wirtschaftsdemokratischen Entwicklungen erklärt werden. Aber der Rückblick zeigt, dass die grössten Siege der reformistischen Linken eng mit ihnen verstrickt waren.

Die emanzipatorische Kraft der Demokratisierung der Wirtschaft

Verkürzt kann gesagt werden: Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 erlebt die Wirtschaftsdemokratie als politisches Programm eine Wiedergeburt. In zahlreichen Foren, Bewegungen und Parteien werden wirtschaftsdemokratische Forderungen wieder selbstbewusster gestellt und intensiv neue Konzepte diskutiert. In seiner Präsidentschaftskampagne forderte François Hollande eine Investitionsbank zur Finanzierung einer »loka-

len«, »sozialen und solidarischen« Wirtschaft. Ein entsprechendes Gesetz zur »Economie social et solidaire« setzte er nach seiner Wahl auch um, von dem gemäss offiziellen Zahlen bis 2014 rund 2,3 Millionen Lohnabhängige profitierten.¹ Im Vereinigten Königreich setzte Labour 2017 unter anderem mit wirtschaftsdemokratischen Forderungen zu einem neuen Höhenflug (40 Prozent Wähler*innenanteil bei den Unterhauswahlen) an. In seinem Manifest forderte Jeremy Corbyn eine Ausweitung der Besitzverhältnisse für die britische Wirtschaft (»Widening ownership of our economy«). Konkret verlangt Labour die Vergesellschaftung der Bahn-, Post- und Stromversorgung; öffentliche, lokale Wasserwerke; eine aktive, öffentliche Energiepolitik sowie die Verdoppelung des Anteils von Kooperativen.² Die deutsche Linkspartei legt seit einigen Jahren einen verstärkten Fokus auf wirtschaftsdemokratische Fragen, fordert einen Ausbau der Mitbestimmungsrechte in Unternehmen und setzt damit auch SPD und Gewerkschaften unter Druck (vgl. Riexinger und Becker, 2017). Die SP Schweiz verabschiedete an ihrem Parteitag 2016 ein umfassendes Papier mit dem Titel »Eine Zukunft für alle statt für wenige – Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen«, in dem sie einen grundlegenden Umbau der Schweizer Wirtschaft fordert. In einem auf Grundlage des Papiers verabschiedeten Aktionsplan wird die Arbeit der nächsten Jahre konkretisiert (vgl. SPS, 2016). Ein Schwerpunkt liegt dabei nicht nur auf der Stärkung klassischer Mitbestimmungsrechte, sondern insbesondere auch auf der Förderung bestehender Projekte und Initiativen, um Veränderung ›bottom-up‹ zu realisieren (vgl. Zwicky und Wermuth, 2018).

Bei all diesen Konzepten steht nicht alleine die ökonomische Wirkung der geforderten Massnahmen im Zentrum, sondern damit verbunden die Bewusstwerdung der Menschen für ihr Recht auf Mitbestimmung auch in wirtschaftlichen Fragen. Die zahlreichen mobilisierten (und teilweise aus Enttäuschung wieder verlorenen) Aktivist*innen und Wähler*innen linker Parteien, die sich wirtschaftsdemokratischen Projekten verschrieben haben, machen bereits durch ihr Engagement für diese von ihrem Recht auf Einfluss Gebrauch. Wer sich für Wirtschaftsdemokratie engagiert, versteht, dass die Sphäre des Politischen sich auch auf die Wirtschaft bezieht. Und alleine dieser Erkenntnisgewinn schwächt die Macht der Ideologie des ›freien Marktes‹. Der Kampf um Demokratie vermochte in der Menschheitsgeschichte gewaltige emanzipatorische Kräfte freisetzen, weil ein einmal entdecktes und nicht gewährtes Recht nur schwer wieder vergessen wird. Und genauso – davon sind wir überzeugt – verhält es sich bei der Wirtschaftsdemokratie. Auf diesem Weg gibt es allerdings zahlreiche Klippen zu umschiffen.

Wissensproduktion und konkrete Projekte ins Zentrum

Zahlreiche wirtschaftsdemokratische Forderungen vergangener Zeiten, die heute Realität sind, werden nicht als solche wahrgenommen und deshalb zu oft auch ausgehöhlt, wodurch sie ihren demokratischen und solidarischen, ja postkapitalistischen Charakter verlieren. Dabei ist der starke und erfolgreiche Schweizer Service public mit SBB, Post, Swisscom, öffentlicher Energie- und Wasserversorgung, die aktive Bodenpolitik in zahlreichen Städten, die öffentliche Bildungs-, Verkehrs- und Kulturpolitik oder Subventionen für strategische Wirtschaftsbereiche grundsätzlich nichts anderes als gelebte Wirtschaftsdemokratie. Der demokratische Staat und die Gesamtheit seiner stimmberechtigten Bürger*innen bestimmt über die Produktion (mit) und wird an deren Erfolg beteiligt. Trotzdem versteht dies die Öffentlichkeit nicht als Wirtschaftsdemokratie. Warum? Nach Jahren neoliberaler Vorherrschaft sind demokratiepolitische Fragen von der Ökonomie entkoppelt. Wirtschaftsdemokratie als Idee wurde aus der öffentlichen Wahrnehmung verbannt. Die neoliberale Hegemonie hat eine klare wirtschaftspolitische Deutung etabliert – und Demokratie hat in dieser keinen Platz. Faktisch aber nehmen die Menschen in der Schweiz ihr Mitbestimmungs- und Mitspracherecht wahr und befürworten es. Genossenschaften, Allmenden und Service public sind tief, aber passiv, in der helvetischen Tradition verankert. Welche Anforderungen stellen sich vor diesem Hintergrund an ein politisches Programm der Wirtschaftsdemokratie?

Es muss konkrete mit grundsätzlichen Forderungen verbinden. Wenn es die Linke wieder schafft, anschlussfähige Verbesserungen im Alltag der Menschen durchzusetzen, wie eine verbesserte Förderung des sozialen Unternehmertums, eine bessere Förderung von Genossenschaften, die diesen Namen auch verdienen, einen Ausbau lokaler Commons oder ausgebaute Mitbestimmungsrechte in Unternehmen, schafft sie nicht nur real eine verbesserte Mitwirkung auf die wirtschaftliche Produktion. Sie schafft auch ein besseres Verständnis für die Idee einer zeitgemässen Wirtschaftsdemokratie und die notwendigen – individuellen wie kollektiven – Lernerfahrungen, die es für eine sozial-ökologische Gesellschaftstransformation braucht. Dazu muss die Linke auch Wissen und Grundlagen zu einer wirtschaftsdemokratischen Gesellschaftsordnung produzieren und einfordern. Ein gegenhegemoniales Projekt, wie Wirtschaftsdemokratie eines ist, braucht Bildung und Forschung. Das alles ist sehr herausfordernd. Ohne Änderung der politischen und gesellschaftlichen Mehrheits- und Herrschaftsverhältnisse sind konkrete Verbesserungen kaum durchzusetzen. Und ohne konkrete Verbesserungen bleibt die Theorie abstrakt und (zu) utopisch. Hier Spielräume zu finden, zu nutzen und Theorie und Praxis zu verbinden, wird die schwierige Aufgabe eines wirtschaftsdemokratischen

Programms, einer wirtschaftsdemokratischen Strategie für die Zukunft bleiben. Oder, wie es Naomi Klein formuliert: »Das Wechselspiel zwischen hochfliegenden Träumen und realen Siegen ist immer die entscheidende Voraussetzung für einen tiefgreifenden Wandel« (Klein 2017, 60).

Veränderungen in der Wirtschaft einerseits und neue Bewegungen andererseits bieten hierfür Chancen. Digitalisierung, Klimawandel, die Akzentuierung der Problematik der Care-Arbeit oder die Deindustrialisierung könnten wirtschaftsdemokratische Antworten wieder verstärkt auf die politische Agenda setzen, denn sie alle lassen sich nur im Interesse der Mehrheit der Menschen lösen, wenn diese mitentscheiden können und nicht die Profitlogik dominiert. Hier konkrete Antworten zu entwickeln, bedarf aber verstärkter Anstrengungen und Ressourcen – die heute nicht vorhanden sind oder eingesetzt werden. Hier liegt, gerade auch für die Sozialdemokratie, die grosse Herausforderung, um die alte Idee der Wirtschaftsdemokratie ins richtige, zukunftsfähige Licht zu rücken.

Fussnoten

1 Siehe: <http://proxy-pubminefi.diffusion.finances.gouv.fr/pub/document/18/17847.pdf>

2 Siehe: <https://labour.org.uk/manifesto/creating-economy-works/#eighth>

Literatur

Klein, Naomi (2017): Die Rache der Realität und die Kraft der Utopie. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/2017, 51–60.

Meidner, Rudolf (1993): Why did the Swedish Model Fail? In: Socialist Register, <https://socialistregister.com/index.php/srv/article/view/5630/2528>

Pecharromán, Gil (1997): La Segunda República. Esperanzas y frustraciones. In: Historia 15. Madrid.

Riexinger, Bernd und Becker, Lia (2017): For the many, not the few: Gute Arbeit für Alle! In: Sozialismus.de, Supplement zu Heft 9. https://www.sozialismus.de/fileadmin/users/sozialismus/pdf/Supplements/Sozialismus_Supplement_2017_09_Riexinger_Becker_NAV.pdf

Spieler, Willy (2015): Mitbestimmung als politische Endlosgeschichte. Unveröffentlichtes Manuskript. Zürich.

SPS (2016): Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen. Aktionsplan. In: https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/aktionsplan_wirtschaftsdemokratie_de.pdf

SPS (2010): Für eine sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie. Parteiprogramm. In: http://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/sp-partieprogramm_definitiv-de_0.pdf

SPS (1959): Parteiprogramm. In: https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/1959_partieprogramm_d_0.pdf

Steck, Albert (1890): Die Bedeutung des Wortes ›Sozialdemokrat‹. Auszug aus: Der Schweizerische Sozialdemokrat Nr. 30 vom 26.7.1890. In: Arbeitsgruppe für die Geschichte der Arbeiterbewegung Zürich: Schweizerische Arbeiterbewegung – Dokumente zur Lage, Organisation und Kämpfen der Arbeiter von der Frühindustrialisierung bis zur Gegenwart. Zürich, 1989.

Strubelt, Wendelin (1994): Wirtschaftsdemokratie. In: Fuchs-Heinritz, Werner et al. (Hg.): Lexikon zur Soziologie. 3. Auflage. Opladen.

Zimmermann, Adrian (2005): Keine Sozialdemokratie ohne Wirtschaftsdemokratie. In: Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik, Nr. 49, 41–53.

Zwicky, Pascal und Wermuth, Cédric (2018): Die ›wirtschaftsdemokratische Offensive‹ der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz – eine Praxisnotiz. In: Berliner Journal für Soziologie, H. 1–2, 263–273.